

Ein Kampf um nationale Souveränität und Würde

Seit 1990 werden die Medien mit „Prognosen“ aus den USA und Israel gefüttert, dass Iran nur noch fünf Jahre, drei Jahre, zwei Jahre vom Besitz eigener Atomwaffen entfernt sei. Von Zeit zu Zeit müssen diese „Voraussagen“ korrigiert werden, da sie sich als offensichtlich falsch erwiesen haben. Inzwischen ist die US-Regierung bei einem Jahr angekommen, während israelische „Militärexperten“ überwiegend von wenigen Monaten sprechen.

Mittlerweile sind 20 Jahre seit Beginn dieser Kampagne vergangen. Zumindest die letzten acht Jahre waren von ständigen Drohungen der USA und Israels begleitet, das zivile iranische Atomprogramm zu irgendeinem günstig erscheinenden Zeitpunkt durch militärische „Präventivschläge“ zu zerstören. Das beinhaltet nach der Logik solcher Angriffskriege auch die Ausschaltung der iranischen Verteidigungsanlagen und gezielte Angriffe auf die gesamte Infrastruktur Irans.

Anfangs riefen diese Drohungen in der Friedensbewegung noch einen reflexartigen Alarmismus hervor. Inzwischen haben sich offenbar viele Menschen an den Dauerzustand gewöhnt. Die konstante Gefahr, dass aus dem Säbelrasseln der USA und Israels jederzeit Ernst werden könnte, wird weithin unterschätzt oder sogar ignoriert. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat sich bisher geweigert, Irans zahlreiche Beschwerden über die Angriffsdrohungen auch nur ein einziges Mal zu diskutieren, obwohl diese Drohungen klare Verstöße gegen die UN-Charta darstellen.

Vergeblich haben Irans Politiker seit Jahren immer wieder erklärt, dass sie den Besitz von Atomwaffen nicht anstreben, dass Atomwaffen in ihrer defensiven Militärdoktrin gar keinen Platz haben, und sogar, dass Atomwaffen „unislamisch“ seien. Die Tatsache, dass der Iran solche Waffen nicht besitzt, obwohl er schon seit zwanzig Jahren angeblich ganz kurz vor ihrer Herstellung steht, sollte eigentlich als Argument ausreichen, dass die Führung des Landes daran wirklich nicht interessiert ist.

Die USA und die EU verlangen jedoch den hundertprozentigen Beweis, dass das iranische Atomprogramm wirklich ausschließlich friedlichen Zwecken dient. Dieser Beweis für die Nicht-Existenz einer Sache – nämlich eines Strebens nach Atomwaffen - lässt sich aber nach den Gesetzen der Logik unmöglich führen. An dieser Forderung müssen daher zwangsläufig alle Verhandlungen scheitern. Selbst wenn Iran auf eine eigene Uran-Anreicherung verzichten würde, wäre damit der „Verdacht“ nicht ausgeräumt, dass verborgene Anreicherungsanlagen existieren, und zumindest die USA würden zweifellos Forderungen nach einer totalen Kontrolle des Iran nachschieben.

Ed Koch, der frühere Bürgermeister von New York, hat am 9. August 2010 die „totale Kapitulation“ Irans gefordert. Das mag überspitzt erscheinen, bringt aber das Wesen der US-amerikanischen Haltung gegenüber dem Iran genau auf den Punkt. Aus iranischer Sicht ist aus dem Streit um das zivile Atomprogramm des Landes längst ein Kampf um seine nationale Würde und mehr noch um seine Existenz als souveräner, keine Diktate akzeptierender Staat geworden.

Ernsthafte, glaubwürdige Verhandlungen müssten von dieser Tatsache ausgehen und nach einem Kompromiss suchen. Dieser kann grundsätzlich nur in einer Stärkung der internationalen Überwachung des iranischen Atomprogramms liegen, zu der Iran sich längst bereit erklärt hat, nicht aber in einem erzwungenen Verzicht Irans auf wesentliche Teile dieses Programms. Denn damit würde in einmalig diskriminierender Weise in die Rechte eingegriffen, die allen Unterzeichnern des Atomwaffensperrvertrags gleichermaßen zustehen.

Über die schwerwiegenden, unkontrollierbaren Folgen der Eröffnung eines dritten Kriegsschauplatzes in der Region – nach Afghanistan und Irak – sollte sich niemand Illusionen machen. Die einzige Alternative dazu ist eine politische Lösung, die zwar die Kriegstreiber und Kriegsprofiteure enttäuschen, aber den Völkern der Region neue unendliche Leiden ersparen wird.